



Das Wachstumschancengesetz – Wirtschaftsimpuls nicht zu Lasten der Kommunen

1. Wie konnten wir die Kommunen in den Verhandlungen stärken?

Im Vermittlungsausschuss gab es diese Woche eine vorläufige Einigung zum Wachstumschancengesetz. Und mit diesem Ergebnis haben wir nun einen kommunalfreundlichen Kompromiss beim Wachstumschancengesetz erzielt. Dieser muss allerdings noch zur finalen Abstimmung im Bundesrat.

Ursprünglich waren knapp 2 Mrd. Euro an kommunalen Mindereinnahmen vorgesehen. Nach grünem Einsatz im Vermittlungsverfahren zwischen den Ampel-Bundestagsfraktionen und den Ländern sind diese nun auf etwa 500 Millionen geschrumpft. Vor Ort haben sich viele unserer Kommunalpolitiker*innen für eine solche Lösung eingesetzt und diese Position damit auch auf Bundesebene gestärkt. Das zeigt: Der Einsatz lohnt sich! Nun geht es darum die letzte mögliche Blockade der Merz-CDU im Bundesrat zu lösen, um wichtige Impulse für die schwächelnde Wirtschaft zu setzen.

2. Was sind die wichtigsten Maßnahmen im aktuellen Kompromissvorschlag?

Der aktuelle Kompromiss ist im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf deutlich verschlankt, um kommunale und Länderhaushalte zu schonen. Dafür sind viele sehr wichtige Impulse gerade für den Mittelstand erhalten geblieben. Die Investitionsprämie für Klimaschutztechnologien, die Kommunen nahezu nichts gekostet hätte, ist am Widerstand der Union gescheitert. Das Gesetz bringt jedoch andere wichtige wirtschaftliche Impulse, die wir gerade in Zeiten einer schwachen Konjunktur gut gebrauchen können.

Zentral ist der nachhaltige Bau-Booster für Mietwohnungen: Einerseits gibt es durch mehrere Abschreibungsmöglichkeiten gute finanzielle Anreize, um wieder mehr zu bauen. Andererseits sind die Beschlüsse aber auch ein echter "Game Changer" für die sozial-ökologische Marktwirtschaft: Denn öko-sozialer Neubau von Mietwohnungen wird mit dem Gesetz in vielen Fällen finanziell sogar günstiger als konventioneller Bau.

Das Wachstumschancengesetz setzt nicht nur Konjunkturimpulse. Zugleich werden Unternehmen auch durch Maßnahmen zum Bürokratieabbau wie der Anhebung vieler Schwellenwerte entlastet. Die für die Kommunen sehr ungünstigen Ausweitungen bei der steuerlichen Verlustverrechnung haben wir hingegen weitestgehend verhindert.

Karoline Otte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Stefan Schmidt

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Gewerbesteuer wurde ausgenommen, sodass Bund und Länder nun auch die Hauptlast übernehmen. Allein dadurch fallen 690 Millionen Euro an kommunalen Mindereinnahmen weg.

Für den Innovationsstandort ist hervorzuheben: Wir geben deutliche Innovationsimpulse, indem wir die Forschungsförderung stark ausweiten. Knapp 800 Mio. Euro jährlich sind für die steuerliche Förderung über die Forschungszulage eingeplant. Bund und Länder übernehmen die Hauptlast der Kosten.

3. Was ist bisher passiert und was sind die **nächsten Schritte**?

Die Union blockiert seit Monaten eine Einigung, obwohl sie wiederholt neue Erleichterung für die Wirtschaft verlangt. Bereits im November vergangenen Jahres hat der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen, wo seitdem um geeignete Lösungen verhandelt wird. Diese Woche konnte gegen den Widerstand der Union eine Mehrheit erzielt werden. Nächste Schritte sind die Abstimmung der geänderten Fassung des Gesetzes im Bundestag am 23.02. und im Bundesrat am 22.03.2024.

4. Was **könnt ihr** als Kommunalpolitiker*innen **tun**?

Der Kompromiss zum Wachstumschancengesetz ist ein wichtiges und notwendiges Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für die Handlungsfähigkeit der Regierung. Er ist auch eine tragfähige Lösung für die kommunale Ebene. Da es noch einen finalen Einsatz für das Gesetz braucht, könnt ihr bei euren Ländern für den Kompromiss werben. Vor allem gilt es deutlich zu machen, dass die Union die Bedarfe von Wirtschaft und Kommunen in den Verhandlungen nicht im Blick hat.